

2 Bildungspolitische Vorgaben und Schwerpunkte

2.1 Vorgaben auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene

Die Arbeit in den Vorarlberger Schulen und Kindergärten basiert auf den bildungspolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union, den Vorgaben des Bundes sowie des Landes und der Kommunen.

2.1.1 Vorgaben auf europäischer Ebene

Auf europäischer Ebene haben drei Erklärungen die Ziele europäischer Bildungspolitik für die kommenden Jahre vorgegeben: Bologna (1999) für den Hochschulbereich, Lissabon (2000) für die Aus- und Weiterbildung generell und Kopenhagen (2002) speziell für die berufliche Bildung.

Die grundlegende Vorgabe für den schulischen Bildungsbereich ist die Erklärung von Lissabon². Kernbotschaft für den Bereich Aus- und Weiterbildung ist das Ziel, die Bildungs- und Ausbildungssysteme Europas auf den Bedarf der Wissensgesellschaft und die Notwendigkeit von qualitativ hochwertiger Beschäftigung auszurichten. Die Lehr- und Ausbildungsmöglichkeiten müssen auf Zielgruppen in verschiedenen Lebensphasen zugeschnitten sein.

2002 haben Bildungsrat und Kommission ein 10-Jahres-Arbeitsprogramm³ vorgelegt. Darin werden 13 Ziele mit konkreten Umsetzungsmaßnahmen formuliert.

Im November 2005 führte die Kommission der Europäischen Gemeinschaften in einem Vorschlag folgende Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen⁴ aus:

- muttersprachliche Kompetenz
- fremdsprachliche Kompetenz
- mathematische Kompetenz und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz
- Computerkompetenz
- Lernkompetenz
- interpersonelle, interkulturelle und soziale Kompetenz sowie Bürgerkompetenz
- unternehmerische Kompetenz
- kulturelle Kompetenz

2.1.2 Vorgaben auf nationaler Ebene

Die für die Schule maßgeblichen Gesetze sind das Schulunterrichtsgesetz⁵, das Berufsausbildungsgesetz⁶, das Schulorganisationsgesetz⁷ und das Bundes-Schulaufsichtsgesetz⁸.

2 Europäischer Rat 23. und 24. März 2000 Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Lissabon 2000.

3 Detailliertes Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Ziele und Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. ABL C 142 vom 16.6.2002, S. 1ff. Die Grundsatzdokumente und Zwischenberichte zum Programm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ sind auf der Homepage der Europäischen Union unter <http://europa.eu.int/comm/education> abrufbar.

4 Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen. Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Brüssel, 11. November 2005.

5 Schulunterrichtsgesetz – SchUG, BGBl. Nr. 472/1986 idgF.

6 Berufsausbildungsgesetz – BGBl. Nr. 142/1969 idgF.

7 Schulorganisationsgesetz – SchOG, BGBl. Nr. 242/1962 idgF.

8 Bundes-Schulaufsichtsgesetz – SchAufsG, BGBl. Nr. 240/1962 idgF.

Lissabon 2000

**Europäischer
Referenzrahmen**

Regierungserklärung

Im Bereich Schule schreibt die Regierungserklärung 2000⁹ u.a. den Erhalt und Ausbau der hohen schulischen Qualität, die wissenschaftliche Erarbeitung und Auswertung von Testreihen zur Überprüfung der Kulturtechniken, Fremdsprachenkenntnisse und Qualifikationen in den Informationstechnologien, moderne Erziehungsvereinbarungen für eine neue Schul- und Lernkultur und die Förderung von Spitzenleistungen und besonderen Begabungen durch gezielte Lehrerbildung und Kooperation mit tertiären Bildungseinrichtungen fest. Weitere Zielsetzungen sind der sorgsame Umgang mit jungen Menschen durch Anerkennung von Vorwissen und abgelegten Prüfungen, die Entwicklung von Prognoseverfahren, um Übertritte besser abzusichern und die Stärkung der Autonomie der Schulen.

Im Regierungsprogramm 2000 werden als Teil umfassender Integrationsbemühungen ausdrücklich kindgemäße Sprachförderungsprogramme im Kindergarten und die Intensivierung der Sprachförderung im Schuleingangsbereich und in den Pflichtschulen genannt.

Die Regierungserklärung 2003¹⁰ formuliert darüber hinaus eine zeitliche Entlastung für Schülerinnen und Schüler, eine Modernisierung der Lehrpläne, die Forcierung der Qualitätssicherung an den Schulen, den Erhalt kleiner Schulen im ländlichen Raum, die Bedeutung des Lesens, die Gründung der Pädagogischen Hochschulen und die Schaffung eines modernen und leistungsorientierten Besoldungssystems für Lehrpersonen.

PISA 2003

Die Erkenntnisse aus der OECD-Studie „PISA 2003“¹¹ (Programme for International Student Assessment) machen deutlich, dass den Bereichen Lesen sowie Mathematik/Naturwissenschaften und dem Ausbau der vorschulischen Förderung, insbesondere der Sprachförderung, der stärkeren Individualisierung und dem Ausgleich sozialer Unterschiede noch mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist.

klasse:zukunft

Im Rahmen des Qualitätsentwicklungsprojektes „klasse:zukunft“¹² des Bildungsministeriums werden in Vorbereitung des Bildungsplans 2010 folgende nachhaltige Ziele formuliert:

- verlässliche Schule
- Schule nach Maß
- Professionalisierung und Stärkung des Lehrberufs
- effektives Schulmanagement und
- fit für Berufe von morgen,

denen konkrete Umsetzungsschritte folgen, wie z.B. die Gründung der Leadership Academy¹³, die im November 2004 gestartet wurde.

Reformdialog Bildung

Der „Reformdialog Bildung“¹⁴ des Bildungsministeriums hat im Februar 2005 drei große Themenfelder verabschiedet:

- Anpassung der Schulwelt an die moderne Arbeitswelt
- verstärkte Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder
- Professionalisierung und Stärkung des Lehrberufs

9 www.austria.gv.at

10 www.austria.gv.at

11 PISA 2003: Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Nationaler Bericht. Haider, G. & Reiter, C. (Hrsg.). Graz 2004. Eine ausführliche Dokumentation findet sich auf www.PISA-austria.at

12 www.klassezukunft.at

13 siehe unter www.klassezukunft.at

14 www.reformdialogbildung.at

Unter dem Motto „Die Neue Schule für uns“¹⁵ werden 2006 im Schulrechtspaket I die Bereiche Tagesbetreuung, 5-Tage-Woche, frühe Sprachförderung, Initiative „Lesen fördern“, bedarfsgerechter Förderunterricht sowie Leadership Academy forciert. Im Schulrechtspaket II stehen die Bereiche Pädagogische Hochschule, Sprachförderung an Volksschulen, Begabtenförderung, Unterrichtsgarantie, Mitbestimmung bei der Lehrerauswahl, Bundesinstitut für Bildungsforschung sowie besserer Mitteleinsatz für Kleinschulen im Vordergrund. Vorarlberg hat bereits vor Gesetzgebung für diese Themenfelder regionalspezifische Konzepte entwickelt, erprobt und teilweise bereits umgesetzt, wie z.B. im Bereich der Frühpädagogik, der Sprachförderung oder der Unterrichtsgarantie.

Die Neue Schule Schulrechtspakete I und II

2.1.3 Vorgaben auf regionaler Ebene

Der bildungspolitische Auftrag des Landes Vorarlberg ist in der Landesverfassung in Art. 9 vorgegeben.¹⁶ Eine Reihe weiterer gesetzlicher Vorgaben regelt verschiedene Bereiche der Aus- und Weiterbildung im Kompetenzbereich des Landes sowie die Förderung von Kindern und Jugendlichen.¹⁷

Für den Schulbereich setzt die Regierungserklärung 1999¹⁸ Schwerpunkte bei der Grundlegung des lebensbegleitenden Lernens, der Festigung der Basisausbildung an den Schulen und der Erhaltung der Vielfaltigkeit des Bildungssystems.

Regierungserklärungen 1999 und 2004

In der Regierungserklärung 2004¹⁹ werden zusätzlich die vorschulische Bildungseinrichtung „Kindergarten“, die gut begleiteten Übergänge zwischen den Bildungseinrichtungen, der Ausbau der Schülerbetreuung und der weitere Ausbau der Kooperation zwischen Schule, Wirtschaft, Sozialpartnerschaft und allen Bereichen der Schulpartnerschaft thematisiert.

„Bildungsland Vorarlberg. Perspektiven der Bildungsplanung“²⁰ zeigt Perspektiven für die Bildungsplanung in den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen auf. Mit der Veröffentlichung wurden die Bildungseinrichtungen in Vorarlberg aufgefordert, die Planung für den jeweiligen Bereich zu präzisieren. Das Kindergarten- und Schulkonzept kommt dieser Aufforderung für die Bereiche Kindergarten und Schule nach.

Perspektiven der Bildungsplanung

15 www.dieneueschule.at

16 Verfassungsgesetz über die Verfassung des Landes Vorarlberg. LGBl. Nr. 9/1999, 33/2001, 14/2004, 43/2004.

17 Gesetz über die Förderung und den Schutz der Jugend. LGBl. Nr. 16/1999, 26/2004.

18 Regierungserklärung, Vorarlberger Landtag, 5. Oktober 1999.

19 Regierungserklärung, Vorarlberger Landtag, 5. Oktober 2004.

20 Bildungsland Vorarlberg. Perspektiven der Bildungsplanung. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz 2005.

Schulkonzepte

Unter dem Motto „Gemeinsam eine lebendige Schule gestalten“ wurde vom Landesschulrat für Vorarlberg 1993²¹ das erste Vorarlberger Schulkonzept festgeschrieben, dem 1998²² ein zweites folgte. Schwerpunkte waren u.a. der Ausbau der Schulautonomie, die Förderung der Kulturtechniken, die Stärkung der Schulen für 10- bis 14-Jährige, die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die Förderung in Kleingruppen an der Sonderschule, die Gesundheitsförderung, die Forcierung schulinterner Fortbildung für Lehrkräfte, eine fundierte Qualitätsentwicklung, die Fremdsprachenoffensive, die (Hoch)Begabtenförderung und die Förderung des sozialen Engagements. Das Schulkonzept 1998 wurde bis zur Erarbeitung dieses Kindergarten- und Schulkonzeptes ständig weiterentwickelt und adaptiert.

Kinder in die Mitte – Miteinander der Generationen

Kinder in die Mitte – Miteinander der Generationen²³ ist eine Initiative des Landes Vorarlberg. Vorarlberg zum kinder-, jugend- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen, ist das erklärte Ziel. Im Rahmen der Initiative wird parallel zu vielen anderen Maßnahmen an der Hauptschule Lustenau-Kirchdorf das Pilotprojekt „Wir leben miteinander – wir lernen miteinander“ gestartet.

Kommunale Ebene

Kindergärten und Pflichtschulen in den Regionen sind Nahversorger in Sachen Bildung. Damit standortbezogene und bedarfsgerechte Angebote geschaffen werden und erhalten bleiben, sind bei bildungsrelevanten Planungen kommunale Vorgaben und Verantwortlichkeiten zu berücksichtigen, ebenso wie bei Schulneubauten auf die demografische Entwicklung entsprechend Rücksicht genommen werden muss.

21 Das Vorarlberger Schulkonzept 1993. Hrsg. Landesschulrat für Vorarlberg, Bregenz 1993.

22 Gemeinsam eine lebendige Schule gestalten. Schwerpunkte 1998–2002. Hrsg. Landesschulrat für Vorarlberg, Bregenz 1998.

23 www.vorarlberg.at/kinderindiemitte